

Antrag

**der Abgeordneten Metin Kaya, Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus,
Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen
und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: 60 Jahre Anwerbeabkommen: Hamburger Gastarbeiter:innen würdigen

Am 30.10.2021 jährt sich das deutsch-türkische Anwerbeabkommen zum 60. Mal. Die Jubiläen der Anwerbeabkommen mit Italien, Spanien und Griechenland wurden in den letzten Jahren bereits durch Senatsempfänge gefeiert. Diese Anwerbeabkommen veränderten die deutsche Gesellschaft nachhaltig. Sie wurde diverser in jeder Hinsicht. Zwischen 1955 und 1973 reisten etwa 14 Millionen Menschen infolge dieser Abkommen nach Deutschland ein. Dass heute jeder dritte Mensch in Hamburg entweder selbst eingewandert ist oder Eltern mit einer Einwanderungsgeschichte hat, ist auch auf diese Entwicklung zurückzuführen. Gleichzeitig haben wir es auch den sogenannten Gastarbeiter:innen zu verdanken, dass Deutschland nach dem Krieg wieder aufgebaut wurde – ohne sie wäre der wirtschaftliche Aufschwung hierzulande nicht denkbar gewesen.

Der enorme Einsatz dieser Generation, unserer eingewanderten Eltern und Großeltern, wird außerhalb migrantischer Familien wenig gewürdigt. Die Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatten, das Heimweh, die Sprachbarrieren und die Hingabe für ein Land, welches sie bei Weitem nicht immer mit offenen Armen empfing, haben bis heute in der öffentlichen Wahrnehmung kaum Platz. Im Schulunterricht beispielsweise wird die Geschichte der Gastarbeiter:innen oft nur am Rande, wenn überhaupt, erwähnt (Lehrplanstudie Migration und Integration, Bundesregierung und Mercator Forum Migration und Demokratie, 2021). Häufig werden dabei nach wie vor Stereotype und Zuschreibungen reproduziert – und das in Klassen, in denen große Teile der Schüler:innenschaft biografische Bezüge zu diesem Thema haben. Eine positiv besetzte Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gastarbeiter:innen findet wenig statt, und wenn, ist sie häufig von den Nachfahren und Familien selbst initiiert.

Während Hamburg also seit jeher eine von Migration geprägte Stadt ist, spiegelt sich das in der öffentlichen Gedenk- und Erinnerungskultur kaum wider. Im Gedenken zeigt sich aber auch das Narrativ, welches eine Gesellschaft über sich selbst hat (vergleiche Czollek, 2020). Gehören diese oder jene Menschen dazu? Erkennen wir einen Teil einer Geschichte an, oder verschweigen wir ihn? Würdigen wir die Anstrengungen und den Einsatz von diesen oder jenen gesellschaftlichen Gruppen?

Wie auch Michelle Müntefering in einem Beitrag für den Deutschen Kulturrat schreibt, ist ein solches Denkmal überfällig und notwendiger denn je – gerade in Zeiten, in denen das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland immer wieder aktiv in Zweifel gezogen wird. So schlägt der Deutsche Kulturrat ein Denkmal der Gastarbeiter:innen vor, welches diesem Teil der deutschen Geschichte und diesen Menschen, denen zu lange nicht zugehört wurde, eine Stimme verleiht und „die Geschichte der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter als unsere gemeinsame Geschichte“ erzählt (Politik & Kultur 09/2020).

Zu begrüßen sind die Bestrebungen für ein Migrationsmuseum am Standort Hamburg, insbesondere, wenn dort auch dezidiert die Geschichte der Gastarbeiter:innen dieser Stadt dargestellt und verhandelt wird. Es gibt zwar Pläne für die Entwicklung eines solchen Museums, wofür bereits Bundesmittel in Höhe von 23 Millionen Euro bereitstehen. Aufgrund der andauernden Corona-Pandemie pausiert die Entwicklung jedoch momentan (siehe Drs. 22/5873).

Allerdings wäre ein Denkmal im öffentlichen Raum fester Bestandteil des Stadtbilds der Hansestadt Hamburg. Es könnte eine größere Sichtbarkeit und Präsenz auch außerhalb formeller Kulturinstitutionen für die Geschichte der Gastarbeiter:innen schaffen. Damit würde auch eine breitere Bevölkerung angesprochen und im öffentlichen Raum ein Ort für Ver- und Aushandlung der (post-)migrantischen Hamburger Geschichte entstehen. Gerade in der Hansestadt Hamburg, die bis heute so stark von Migration profitiert, wäre ein Denkmal für die Würdigung der Gastarbeiter:innen im öffentlichen Raum daher unschätzbar wertvoll und sinnvoll.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zu prüfen, auf welchem Wege und in welcher Form ein dauerhaftes Denkmal für die Hamburger Gastarbeiter:innen realisiert werden kann.
2. der Bürgerschaft bis zum 30.03.2022 zu berichten.